



**Inhalt:** Jahresstatistik 2012 - Prozessverschleppung in Pirna - Interview mit der tschechischen Initiative InIUSTITIA - Der gewaltsame Tod André K.s - Gedenken an Jorge Gomondai - Normalität in Zwickau

Weitere Informationen zur Arbeit der Beratungsstellen im Internet auf: [www.raa-sachsen.de](http://www.raa-sachsen.de)

## An jedem dritten Tag – Rechte Gewalt in Sachsen 2012

**Auf den ersten Blick sind die rechtsmotivierten und rassistischen Gewalttaten in Sachsen 2012 glücklicherweise rückläufig. Die genaue Analyse zeigt jedoch ein differenziertes Bild und verdeutlicht, dass Sachsen mit durchschnittlich drei Angriffen am Tag nach wie vor eine bundesdeutsche Spitzenposition einnimmt. Insbesondere die Einzelfalldarstellung zeigt die Dramatik rechter Gewalt im Freistaat.**

Die Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V. zählten für das letzte Jahr 155 rechtsmotivierte oder rassistische Angriffe. Von den Angriffen waren 215 Menschen direkt betroffen. Damit sind die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr (186) erneut rückläufig, bleiben jedoch auf einem hohen Niveau. Nach der gemeinsamen Jahresstatistik der ostdeutschen Opferberatungsstellen und Berlin gab es 626 Angriffe mit 999 direkt Betroffenen. In absoluten Zahlen ereigneten sich die meisten politisch rechts motivierten Straftaten in Sachsen.

### **Gegenläufige Entwicklung in Städten und Landkreisen**

In den Landkreisen ist eine gegenläufige Entwicklung zu den Großstädten zu konstatieren. Gingen in Leipzig und Dresden die Angriffe zurück, blieb dort die Anzahl weitgehend unverändert oder stieg sogar an. So in den Landkreisen Leipzig und Bautzen, in denen mit jeweils 17 die meisten Angriffe gezählt wurden (2011: 11, 6). Ein Anstieg war auch in den Landkreisen Meißen (8; 2011: 4) und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (10; 2011: 5) zu verzeichnen. Weitgehend gleich blieben die Angriffszahlen in den Landkreisen Zwickau (16;

2011: 16), Mittelsachsen (14; 2011: 19), Nordsachsen (11; 2011: 13), Erzgebirge (3; 2011: 4 und Görlitz (3; 2011: 5) wie auch in der Stadt Chemnitz (7; 2011: 11).

Zwar waren die Städte Dresden (23) und Leipzig (23) wie bereits in den Vorjahren die Schwerpunkte rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt, doch gingen die Angriffe hier deutlich zurück: 2011 waren es noch 40 Angriffe in Dresden und 36 in Leipzig. Vor allem dieser Rückgang in den beiden sächsischen Großstädten wirkt sich positiv auf die Gesamtstatistik aus. Auch im Landkreis Vogtland war diese Tendenz zu verzeichnen, wo mit 3 Angriffen deutlich weniger Fälle gemeldet wurden, als noch im Vorjahr (16).

### **Dominanz Neonazistischer Strukturen**

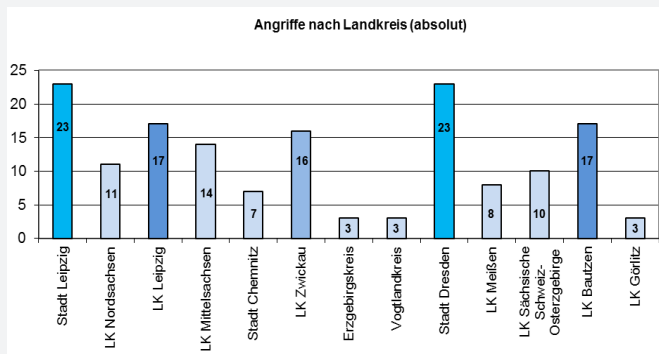
Trotz dieses Rückgangs bestehen gerade im Vogtland länderübergreifend starke Neonazi-Strukturen. Auch in den Landkreisen Mittelsachsen, Zwickau, Leipzig und Nordsachsen sind zahlreiche Aktivitäten der organisierten Neonaziszene zu verzeichnen. Die Präsenz einer aktiven Neonaziszene schafft ein Klima der Angst und lässt eine hohe Dunkelziffer an rechter Gewalt vermuten. So bestimmen Neonazis in einigen Regionen den Alltag und verüben dabei immer wieder Angriffe auf nicht-rechte, alternative Jugendliche oder politisch Aktive um ihre Dominanz aufrecht zu erhalten.

### **Schlaglichter rechter Gewalt**

In Rochlitz, Geringswalde, Penig und Burgstädt (Landkreis Mittelsachsen) beschreiben uns Betroffene das Vorgehen der Neonazis als immer selbstbewusster und militanter. An

einem alternativen Jugendtreff in Burgstädt wurde mit Brandbeschleuniger Feuer gelegt. Ein junger Punk wurde auf dem Schulweg zusammengeschlagen und schwer verletzt. Seine Familie verließ daraufhin den Landkreis, da Neonazis wiederholt nachts das Haus belagerten und die Familie bedrohten.

In Delitzsch (Landkreis Nordsachsen) wurden Besucher sowie der Veranstalter eines Ska-Konzerts auf dem Weg nach Hause gezielt von Neonazis angegriffen. Dabei erlitt eine Person schwere Verletzungen am Kopf und im Augenbereich.

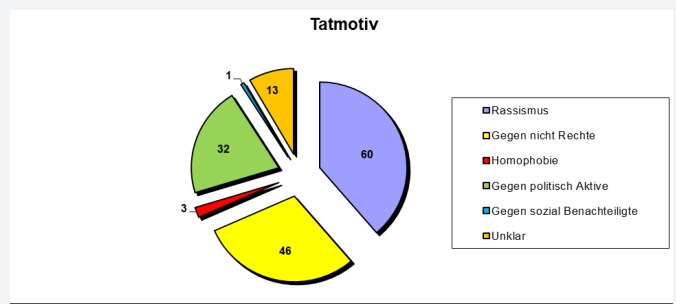


In Hoyerswerda (Landkreis Bautzen) verübten Neonazis zahlreiche Angriffe gegen politisch Aktive, vor allem gegen die Partei Die Linke. Sie versuchten sich mit Gewalt Zutritt zu Veranstaltungen zu verschaffen, beschimpften Personen bei Infoständen mit »Schieß Zeckenpack«, »Verpiss euch – Hoyerswerda bleibt Braun«. Höhepunkt dieser Serie von Angriffen bildete die nächtliche Belagerung einer Wohnung von zwei Personen durch eine Gruppe von 15 bis 20 Neonazis, weil sie von den Angreifern als politische Gegner betrachtet wurden.

### Zunahme rassistischer Gewalt

Ungeachtet des Rückgangs der Angriffszahlen insgesamt, nahmen rassistisch motivierte Angriffe zu. Erstmals richtete sich die größte Anzahl von Angriffen im Jahr 2012 nicht mehr gegen nicht-rechte Jugendliche oder Alternative (46), sondern gegen Menschen, die aus rassistischen Motiven angegriffen wurden (60).

Eine Ursache hierfür könnte die kontrovers und teilweise offen rassistisch geführte Debatte um die Unterbringung von Asylsuchenden in Sachsen sein. In einigen Regionen waren vermehrt Angriffe auf Asylsuchende und deren Unterkünfte zu verzeichnen. Auf die Unterkunft in Langburkersdorf (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) ist ein rassistisch motivierter Brandanschlag verübt worden. In Schmiedeberg (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) fuhren zwei Abende in Folge Autos auf das Gelände der Unterkunft, riefen »Ausländer raus!« und fuhren auf Bewohner zu, die noch zur Seite springen konnten. Ein Bewohner wurde im Ort mit einem Messer bedroht.



Vor allem in den Landkreisen Leipzig und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, sowie in der Stadt Dresden überwiegen die Angriffe mit rassistischem Tatmotiv. In Geithain (Landkreis Leipzig) wurde eine Pizzeria in diesem Jahr insgesamt fünfmal angegriffen. Im Mai detonierte dort ein Sprengsatz, wodurch das Geschäft erheblich beschädigt wurde und das Wohnhaus evakuiert werden musste. In Taucha (Nordsachsen) wurde ein 11-jähriger Migrant in einem Bus von einem Mann mit Messer und Baseballschläger bedroht und genötigt, Fragen zu beantworten. In Bischofswerda (Landkreis Bautzen) wurde ein junger Türke mit einem Messer schwer verletzt. Auch in Zwickau verlor ein junger Türke beinahe sein Leben, durch einen offenbar von Neonazis geplant begangenen Überfall.

Die detaillierte Statistik zum Jahr 2012 sowie die gemeinsame Statistik der ostdeutschen Opferberatungsstellen und Berlin findet sich auf: [www.raa-sachsen.de/statistik.html](http://www.raa-sachsen.de/statistik.html)

# Chronik

**27. Juli, Pirna:** Auf dem Heimweg nach einer Feier wird ein nicht-rechter Jugendlicher auf dem Marktplatz von zwei Neonazis angegriffen und bedroht. **29. Juli, Schmiedeberg:** Zwei vollbesetzte Fahrzeuge fahren auf das Gelände einer Asylsuchendenunterkunft. Die PKW-Insassen skandieren »Ausländer raus«, lassen den Motor aufheulen und fahren geradewegs auf drei Bewohner zu, die noch zur Seite springen können. Am darauffolgenden Abend taucht erneut ein

vollbesetzter PKW auf. Auch dessen Insassen rufen rechte Parolen und versuchen einen Bewohner, der auf dem Hof steht, anzufahren. **31. Juli, Bischofswerda:** Ein Mitarbeiter eines Dönerlokals wird von zwei Männern zunächst rassistisch beleidigt. Als die Beiden beginnen zu randalieren, stellt sich ihnen der Mitarbeiter zusammen mit einem Kollegen entgegen. Die Angreifer schlagen auf die Angestellten ein, ein Angreifer zieht in der Auseinandersetzung ein Messer und fügt einem der Mit-

# Wiedervorlage: Prozessverschleppung am Amtsgericht Pirna?

**Am 1. Mai 2008 fand ein massiver Angriff auf nicht-rechte alternative Jugendliche in Stolpen (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) statt. Bereits in unserem Newsletter vom November 2011 berichteten wir über das schleppende Strafverfahren vor dem Amtsgericht Pirna gegen die sieben Angeklagten. Vier Jahre später, im Mai 2012, wird das Verfahren gegen Zahlung geringer Geldstrafen eingestellt.**

In Folge des Angriffs am 1. Mai 2008 fanden bei dreizehn Beschuldigten Wohnungsdurchsuchungen statt. Im Juni 2009 eröffnete die Staatsanwaltschaft Dresden gegen sieben Tatverdächtige wegen gefährlicher Körperverletzung in fünfzehn Fällen Anklage. Doch die Hauptverhandlung ließ auf sich warten. Bis zum Frühjahr 2012 lag die Akte beim zuständigen Strafrichter des Amtsgerichts Pirna. Wiederkehrende mündliche und schriftliche Erinnerungen des Nebenklageanwaltes, Nachfragen der Opferberatung sowie eine ausführliche Reportage über den Fall in der Sächsischen Zeitung brachten den Richter nicht zur Terminierung der Verhandlung.

Neben den zum Teil erheblichen körperlichen und psychischen Verletzungen in Folge der Tat, bedeutet das unzumutbar lange Warten auf den Verhandlungsbeginn eine massive Belastung für die Betroffenen und ein Hindernis für die Verarbeitung des Angriffs. Enttäuschung, Resignation und massiver Vertrauensverlust in die Arbeit der Justiz sind die berechtigten Reaktionen der Betroffenen.

Der Richterwechsel im April 2012 am Amtsgericht Pirna führte zur Prüfung einer Verfahrenseinstellung, da es nicht möglich war, alle sieben Verteidiger terminlich „unter einen Hut“ zu bringen. Berücksichtigt wurde auch, dass die Taten mehrere Jahre zurücklagen, eine Vielzahl von Zeugen hätten

gehört werden müssen und sich daraus mehrere Verhandlungstage ergeben hätten.

Letztendlich wurde im Mai 2012 das Strafverfahren gegen alle sieben Angeklagten gegen Geldzahlungen von einmal 500,00 € und sechsmal je 200,00 € an die Opferberatung des RAA Sachsen e.V. eingestellt. Die Opferberatung versuchte vergeblich, den Richter zur Festsetzung höherer Geldauflagen zu bewegen, da mindestens elf der Betroffenen Verletzungen in Folge der Tat erlitten. Die Geldstrafen wurden durch den RAA Sachsen e.V. an die Betroffenen weitergeleitet.

Nicht nur die Betroffenen sind empört und enttäuscht über den Ausgang des Verfahrens. Auch aus unserer Sicht handelt es sich hierbei um einen Justizskandal, welcher ein verheerendes Signal an die Gesellschaft sendet: rechtsmotivierte Straftaten werden nicht gerichtlich geahndet und Betroffene rechter Gewalt nicht ernst genommen. Das Signal an die Gesellschaft müsste ein anderes sein, nämlich dass der Umgang mit Neonazismus auch eine Aufgabe der Zuständigen und nicht nur der Anständigen ist.

arbeiter Schnittwunden zu. Nur mit Mühe gelingt es den Kollegen des Verletzten ihn bis zum Eintreffen der Polizei vor weiteren Attacken zu schützen. **7. August, Schwarzenberg:** Unbekannte schieben eine Fußmatte zwischen Jalousie und Ladenfenster eines Döner-Imbisses und zünden diese an. Zudem beschmieren sie die Jalousie mit rassistischen Parolen. Das Feuer er-

lischt von alleine, Zeugen informieren die Polizei. **17. August, Zwickau:** Ein 25-Jähriger will in einer Sparkasse Geld abheben, als zwei männlichen Personen den Raum betreten. Sie beschmipfen den Jugendlichen als »Zecke« und schlagen ihn zusammen. Der Betroffene erleidet Verletzungen im Gesicht und muss im Krankenhaus behandelt werden. **22. August, Bennewitz:** In ei-

nem Jugendzentrum wird ein 15-Jähriger von einem 17-jährigen Anhänger der Naziszene attackiert und ins Gesicht geschlagen. Die Attacke geht jedoch glimpflich aus. Die alarmierte Polizei nimmt die Personalien des Täters auf. **25. August, Zwickau:** Eine Gruppe von sechs bis zehn Männern greift vor einem Tanzlokal einen 26-jährigen Türken und einen 46-jährigen Iraner brutal

# »The Roma community is the most vulnerable group in the Czech Republic«

**Ten questions about right wing and racist violence (bias crime) in the Czech Republic. Interview with InIUSTITIA the Czech counseling center for victims of hate crimes.**

**Question: Why your organization offers counseling for victims of right wing and racist violence?**

ANSWER: InIUSTITIA is the first counseling center for victims of hate crime in the Czech Republic. There had been a need for such institution since the 1990s. By founding our organization we reacted to the fact that in the Czech Republic there was no counseling center providing services to people affected by hate violence. We support victims of bias crimes that mean people attacked because of their skin color, ethnicity, nationality, sexual orientation/identity, social status, age, health condition e.g.

**Q: When and why did you establish your organization? Was there an initiating event?**

A: In 2009. There was no initiating event except the knowledge that there is no specific organization which would work on behalf of hate crime victims.

**Q: What are the principles of your work as a counseling organization for victims of bias crimes?**

A: 1. We provide counseling and services to any victim of hate violence (regardless to his/her origin, sex, faith etc.)  
2. We trust the version of the story as we are told by the client. (Client focused approach)  
3. Our lawyers create a confidential relation with the client. No information is shared with other people or the media unless the client signs an informed consent.  
4. Our lawyers tend to accompany the client to all hearings

(Police, court). They seek additional aid (e. g. psychological) if requested.

5. We do not provide legal aid to members of hate groups, even if their affiliation to such groups is a motivation of an attack.

6. We are not affiliated to any political or religious belief.

**Q: Which groups of people are most affected from Bias Crimes in your country?**

A: InIUSTITIA considers the Roma community as the most vulnerable in the Czech Republic. Roma experience a large scope of prejudice- or hate- motivated attacks, from verbal (everyday racist discourse) to physical incl. arson attacks on families. We have also noticed extremely violent physical attacks on the homeless people. In 2011, InIUSTITIA recorded 57 hate incidents, out of which 15 were lead against Roma. Officially, there were 238 reported hate crimes, of which 69 were directed against the Roma.

**Q: How does a typical counseling case in the Czech Republic looks like? What forms of support is mostly needed?**

A: There is no typical case. We collect as much data on the case as possible to consider the motivation of an attacker. Then we decided whether a case may be considered bias crime. If yes we discuss with a client the options and his/her goals in given time (eg. 6month or a year). Some of our clients do not want to proceed within the criminal proceedings and seek only emotional or psychological support. We accompany the client to the Police and to the court. Usually we fill in a claim for damages against a perpetrator. In some cases (violent cases and cases where an attacker is unknown) we seek compensation within the state fund. We represent the case in the court until the decision is in power.

an. Während des Angriffs rufen die Täter rassistische Parolen. Die Täter flüchten unerkannt mit einem Kleinbus. Der 26-jährige wird schwer verletzt und muss für mehrere Tage im Krankenhaus behandelt werden. **30. August, Hoyerswerda:** Kurz nachdem Mitglieder der »Linksjugend« einen Infostand aufgebaut haben, nähert sich ihnen eine Gruppe von sechs Nazis. Die Nazis be-

schimpfen die Teilnehmer des Infostands als »Scheiss Zeckenpack« und brüllen homophobe Sprüche. Einer der Nazis droht zudem mit einem gezogenen Messer. Die gerufene Polizei lässt die Angreifer jedoch gewähren. Nach einer Verlegung der Veranstaltung in das örtliche Büro der Partei »Die Linke« sammelten sich kurz darauf bis zu 20 Neonazis gegenüber der Lokalität. Sie

rufen rechte Parolen, entrollen ein Transparent und eine Reichskriegsflagge. **2. September, Nossen:** Eine Gruppe von mehreren Nazis störte ein Open Air-Festival, bedrohte und attackierte Gäste mit Schlägen und Tritten. **29. September, Riesa:** Drei Neonazis betreten am frühen Morgen ein Jugendhaus und skandieren rechte Parolen. Sie werden des Hauses verwiesen

Then, when the compensation awarded by the court is not paid by the perpetrator voluntarily we provide the execution of the judgment through a distrainer

**Q: Can bias crime victims count on any form of governmental support?**

A: In some cases they can seek a compensation through the victims fund. Starting August 2013 bias victims are recognized as vulnerable victims. They will be entitled to a sensitive approach. They should not meet a perpetrator in the Police/court, they are entitled to free immediate social services and legal help and they will be heard by specially trained police officers.

**Q: How bias crime victims find the way to your organization?**

A: Individual clients (or other people on behalf of them) can reach the counseling center, report a hate incident and ask for the first consultation via a) telephone, b) email or c) filling out a form anonymously. When a hate crime case is identified the client meets a lawyer in person. Cases are also searched in the media (printed and online), among NGOs and other target-group oriented organisations. We also have a field worker who is responsible for community outreach and targeted contacting.

**Q: How does your work with bias crime victims effect the cooperation between you and governmental agencies like Police or Prosecutors?**

A: In IUSTITIA is a recognized expert organization. So far we have trained up to 500 police officers. We see the role of the Police officers as crucial. This year we focus on development of police training manual. Individually our lawyer Klára Kali-

bová trains state prosecutors. Also we participated in a working group on Victims Rights Bill. In 2009-2011 we participated in working group of Ministry of Interior on extremism which was later on dismissed also based on our critical approach to some questions of extremism.

**Q: How is your work funded?**

A: In IUSTITIA is a non-profit organization funded through project-dependent grants, Czech and foreign. Individual and corporate donors create only a minor part of In IUSTITIA's budget. In 2012, our projects were funded by for example: European Structural Funds, EVZ Stiftung, Open Society Fund Prague, Deutsch - Tschechischer Zukunftsfond, US Embassy, the City of Prague. We do not have a constant funding which we could rely on.

**Q: What gives you the motivation to do this kind of work?**

A: Our clients who bravely stand against violence and injustice. Also some changes in the public acknowledgement, correct media outputs and political discourse regarding the issues of hate violence.



More information: [www.en.in-ius.cz](http://www.en.in-ius.cz)

und beginnen anschließen mit Steinen auf das Gebäude zu werfen, wodurch eine Person am Bein verletzt wird. Besucher\_innen und Mitarbeiter\_innen des Jugendhauses stellen sich den Neonazis entgegen und ihnen gelingt es die Angreifer zu vertreiben. **17. Oktober, Hoyerswerda:** Etwa 20 Neonazis versuchen in die Wohnung zweier Personen einzudringen, weil sie diesen

als »politische Gegner« gelten. Die Angreifer scheitern, jedoch belagern sie anschließend über Stunden die Wohnung der Betroffenen in einem Hoyerswerdaer Plattenbaugebiet. **30. Oktober, Chemnitz:** Als mehrere Menschen einen LKW der NPD zwischenzeitlich an der Weiterfahrt hindern, springt mindestens ein Neonazis aus einem Begleitfahrzeug und geht mit einem

Schlagstock bewaffnet auf die Demonstrant\_innen los. Verletzt wurde glücklicherweise niemand, die Polizei griff ein und es wurde Anzeige gestellt. **17. November, Rochlitz:** Ein Jugendlicher wird von einem Nazi mit den Worten »Scheiss Zecke« beschimpft. Als der Jugendliche den Täter zur Rede stellen will, wird er körperlich attackiert. Der Nazi würgt den Geschädigten, der sich

# Der gewaltsame Tod André K.s – eine Frage des Werts

**Im Mai 2011 wird der wohnungslose André K. ermordet. Die Tat sowie der gesellschaftliche und politische Umgang damit verdeutlichen, welchen Wert wohnungslose Menschen in unserer heutigen Gesellschaft haben.**

In der Nacht zum 27. Mai 2011 wird der schlafende wohnungslose André K. am Oschatzer Südbahnhof von mindestens fünf Männern im Alter von 16 bis 36 Jahren brutal zusammengeschlagen. Der schwer verletzte und hilflos zurück gelassene Mann wird erst am nächsten Morgen aufgefunden und erliegt wenige Tage später seinen Verletzungen. Obwohl durch die Polizei ermittelt, wird es versäumt die Angehörigen zu informieren. André K. wird in einem Urnensozialgrab bestattet. Seine Familie hat keine Möglichkeit auf die Art und Weise der Beerdigung Einfluss zu nehmen. Die entstandenen Kosten werden den Angehörigen später in Rechnung gestellt.

Im Dezember 2011 beginnt der Prozess am Leipziger Landgericht, gegen fünf Männer wegen gemeinschaftlichen Totschlags und gegen einen Sechsten wegen unterlassener Hilfeleistung. Nach 14 Monaten fällt das Gericht endlich das Urteil: Haftstrafen zwischen 33 Monaten und 13 Jahren für die fünf Angeklagten und eine 10monatige Bewährungsstrafe für denjenigen, der sich wegen unterlassener Hilfeleistung zu verantworten hat. Drei der Angeklagten legen Revision ein.

Warum André K. Opfer einer äußerst brutalen, enthemmten und in seiner Konsequenz tödlichen Gewalt wurde, konnte dieser Mammutprozess nicht klären. André K. wurde mit Tritten, die sich hauptsächlich gegen seinen Kopf richteten, so sehr entstellt, dass ein Polizist, den ihm seit Jahren bekannten Geschädigten nicht mehr erkannte. In seiner gesamten Berufslaufbahn habe er sol-

che Verletzungen nur bei ganz schlimmen Autounfällen gesehen.

Die Angeklagten schweigen zu ihren Motiven, dubiose Geschichten, die sich um angebliche Schulden sowie Anzeigen des Verstorbenen drehen, lösten sich während der Verhandlung in Luft auf. Gewaltexzesse bei Verbrechen gegen Wohnungslose und vermeintliche „Asoziale“ sind keine Seltenheit. Sie speisen sich aus weit verbreiteten gesellschaftlichen Vorurteilen und abwertenden Haltungen gegenüber Wohnungslosen. Auch in dem konkreten Fall gab es Hinweise, dass mindestens zwei der Angeklagten mit der rechten Szene sympathisieren und André K. aufgrund sozialdarwinistischer Einstellungen sterben musste. Die Kammer lehnte jedoch den Antrag der Nebenklagevertreterinnen auf Überprüfung dieser Sachverhalte ab. Der Antrag sollte auch klären, inwieweit die Merkmale eines Mordes im Fall André K. erfüllt wurden. Demnach liegt ein Morddelikt unter anderem dann vor, wenn das Tatmotiv nach allgemeiner sittlicher Würdigung auf tiefster Stufe steht und besonders verachtenswert ist, also auch, wenn Menschen auf Grund ihres sozialen Status tödlich verletzt werden.

Warum die Angehörigen nicht informiert wurden, konnte durch den Prozess nicht hinreichend beantwortet werden. Der zuständige Beamte sagte im Prozess aus, er habe dies nicht für nötig gehalten, da jahrelang kein Kontakt zwischen dem Verstorbenen und seinen Angehörigen bestand. Dennoch hat er nach ihnen recherchiert, und das mit Erfolg. Diese ethisch höchst bedenklich Praxis hätte, den Angehörigen fast die Möglichkeit verwehrt ihre Opferrechte in Anspruch zu nehmen und sich z.B. als Nebenkläger\_innen dem Prozess anzuschließen. Somit wäre ihnen auch die Inrechnungstellung der Bestattungskosten nach dem Prozessauftritt erspart geblieben. Die entspre-

jedoch losreißen und flüchten kann. **20. November, Heidenau:** Eine Gruppe von jugendlichen Nazis ruft auf dem Weihnachtsmarkt »Sieg Heil« und zieht laut grölend durch die Innenstadt. Drei aus der Gruppe fahren anschließend mit der S-Bahn nach Pirna. Während der Fahrt attackieren sie einen 16-Jährigen, der Verletzungen im Gesicht erleidet und im Krankenhaus behandelt

werden muss. Die Täter werden gestellt, einer ist ein polizeibekannter Neonazi. **29. November, Oschatz:** Unbekannte beschmieren 14 Stolpersteine mit grauer Farbe. Die Steine erinnern an Verfolgte im Nationalsozialismus. **14. Dezember, Plauen:** Unbekannte beschmieren das Islamische Zentrum mit einer roten Substanz, vermutlich Tierblut, und legen davor

eine Schweineschnauze und ein Schweineohr ab. In der darauffolgenden Nacht wird das Zentrum erneut beschmiert. **18. Dezember, Hoyerswerda:** Eine Gruppe von fünf Nazis stört eine Plakataktion der Partei »Die Linke«. Eine Mitarbeiterin wird beleidigt und bedroht. Die Täter verschwinden vor Eintreffen der Polizei. **19. Dezember, Wurzen:** Nach einem Konzert im

chende Dienstaufsichtsbeschwerde wurde von der Polizei zurückgewiesen.

Was bleibt, ist nicht nur der Verlust eines Menschen, sondern auch viele Fragen. Warum André K. auf so eine grausame Weise sterben musste und das Gericht innerhalb von 14 Monaten nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, um diese Frage zu beantworten. Warum die Behörden mit den Angehörigen höchst unsensibel umgegangen sind und nicht mal eine Beileidsbekundung ausgesprochen haben. Warum Einzelpersonen und Initiativen, aber nicht die Zivilgesellschaft sich um das Gedenken an André K. bemühen.

In ihrem Plädoyer hält die Nebenklagevertreterin fest, dass ihre Mandantin den Eindruck hat, dass sie als Tochter eines Obdachlosen es nicht wert war, informiert zu werden. Es scheint sich dieser Eindruck zu bestätigen, dass gegenüber einem sozial besser gestellten Opfers anders agiert wurden wäre. Denn einen anderen ersichtlichen Gründe für die Ignoranz der Behörden im Fall André K. gibt nicht.

Die BAG Wohnungslosenhilfe e.V., nahezu die einzige Organisation, die Lobbyarbeit für diese Menschen betreibt, hat bereits 2006 festgestellt, dass die oft äußerst brutale Gewalt gegen Wohnungslose in der Öffentlichkeit kaum nachhaltige Beachtung findet<sup>1</sup>. Bei keiner Opfergruppe wird das rechte Tatmotiv so oft ausgeblendet, wie bei Wohnungslosen. Der Fall André K. ist also keine Ausnahme, sondern die Regel. Es geht um die Frage des Wertes, auch bei Todesopfern.

<sup>1</sup> Vgl. Rosenke, Werena: Leben in ständiger Angst vor Gewalt. 20.02.2006. URL: <http://www.ik-armut.de/inhalt/Leben%20in%20staendiger%20Angst%20vor%20Gewalt.htm> Zuletzt eingesehen am 16.05.2011.

RAA Sachsen e.V., das Oschatzer Bündnis für Demokratie, Toleranz & Menschenfreundlichkeit, E-Werk Oschatz sowie das Netzwerk 360° rufen dazu auf, die Familie bei der Finanzierung einer würdevollen Ruhestätte für André K. zu unterstützen. Falls Sie spenden wollen, überweisen Sie den entsprechenden Betrag auf das unten angegebene Konto.

Im Namen der Betroffenen danken wir für jede Spende.

**Spendenkonto:**

Inhaber: Jugend-, Kultur- und Umweltzentrum e.V.  
Konto: 22 000 24 013  
BLZ: 860 555 92  
Sparkasse Leipzig  
Verwendungszweck : Spende Umbettung André K.

Bürgerzentrum D5 hält ein PKW neben einem Besucher, der sich auf seinem Heimweg befindet. Der verummte Beifahrer steigt aus dem PKW, beleidigt den Betroffenen als »Zecke« und greift ihn sofort mit Faustschlägen ins Gesicht und einem Kniestoß in den Bauch an. Der Angreifer und seine drei Begleiter im PKW verlassen unerkannt den Tatort. **24. Dezember, Limbach-**

**Oberfrohna:** Unbekannte werfen mit einem Stein die Scheibe eines Wohnprojektes ein. **25. Dezember, Glauchau:** Fünf bis sechs Nazis versuchen sich Zugang zum selbstverwalteten Jugendclub Café Taktlos zu verschaffen. Der Aufforderung das Gelände zu verlassen, kommen sie nicht nach. Stattdessen schlagen sie einen Besucher und treten ein abgestell-

tes Motorrad um. Als weitere Club-Besucher\_innen eingreifen, flieht die Nazigruppe. **31. Dezember, Neustadt i. Sa.:** Zwei unbekannte Täter werfen Silbersterknaller in das Treppenhaus einer Asylsuchendenunterkunft und flüchten. Durch die Explosion wird die Glasverkleidung des Notausgangs zerstört und die Rauchmeldeanlage ausgelöst. **1. Januar, Dresden:** Drei junge

# In Gedenken an Jorge Gomondai

**Am 6. April 1991 verstarb der Dresdner Jorge Gomondai an den Folgen eines rassistischen Angriffs von Neonazis. Am 6. April 2013 erinnerten ca. 200 Personen mit einer Kundgebung an diesen Mord. Wir dokumentieren hier unseren Redebeitrag.**

Liebe Freund\_innen, liebe Anwesende,

wie jedes Jahr im April treffen wir uns hier an diesem Platz um Jorge Gomondai zu gedenken. Am 31.03.1991 – vor inzwischen 22 Jahren – wurde er in einer Straßenbahn rassistisch beleidigt, bedroht und angegriffen. Im Zuge dieses Angriffs stürzte er aus der fahrenden Bahn und verletzte sich dabei schwer. Aus dem Koma erwachte er nicht mehr, er verstarb einige Tage später.

Wir gedenken heute auch aller weiteren Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990. Mindestens 183 Menschen mussten seither sterben, weil sie „anders“ aussahen, lebten oder liebten. Nur 63 dieser Fälle sind offiziell durch die Bundesregierung als rechtmotiviert anerkannt. In 130 Fällen also sieht man die Tat nicht in der Vorstellung der Täter motiviert, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft, sozialen Situation oder sexuellen Orientierung weniger wert seien. Sei es aus politischem Unwillen, aufgrund mangelhafter Ermittlungsarbeit der Polizei oder aufgrund dessen, dass das Tatmotiv vor Gericht schlicht keine Rolle spielte.

Auch bei dem tödlichen Angriff auf Jorge Gomondai sah die Polizei nicht den rassistischen Hintergrund der Tat. Sie hatte die Täter bereits vor dem Angriff kontrolliert, jedoch weiter ziehen lassen. Als Jorge Gomondai schwer verletzt auf der Straße am Albertplatz lag, hielten sie das Opfer für betrunken. Von den Angreifern, die sich immer noch in der Straßenbahn befanden – nur wenige Meter vom Tatort entfernt – nahmen die Beamten keine Personalien auf, ebenso we-

nig von Augenzeug\_innen. Lediglich einer der Nazis wurde dann vor Gericht zu einer Haftstrafe verurteilt: wegen fahrlässiger Tötung und schwerer Körperverletzung.

Der sog. „Nationalsozialistische Untergrund“ konnte über zehn Jahre durch die Bundesrepublik fahren, zehn Menschen ermorden und Nagelbombenanschläge verüben, ohne dass die Ermittlungsbehörden den Zusammenhang der Serie im rassistischen Tatmotiv sahen.

Die Polizei ermittelte lieber im Umfeld der Opfer – machte aus ihnen kriminelle Täter, anstatt der Möglichkeit eines rassistischen Tatmotivs nachzugehen. Die bearbeitenden Ermittler schlossen ein solches sogar schnell aus. Rassistische Einstellungen der Beamten oder normale Polizeiarbeit? Versäumnisse oder Ignoranz?

So konnten die Täter ungestört ihre Mordserie fortsetzen. Für die Angehörigen der Opfer ist es unzumutbar, einen nahestehenden Menschen zu verlieren und auch noch hinnehmen zu müssen, dass die Schuld für den Tod bei diesem selbst gesucht wird, anstatt Hinweise auf ein rassistisches Motiv ernst zu nehmen.

Und nun nach Bekanntwerden der schrecklichen Mordserie des „NSU“, was sind die Konsequenzen? Ein Skandal jagt den anderen: unzählige V-Leute, Behörden, die näher an den Mördern waren als behauptet, geschredderte Akten, verweigernde Aussagen, ein bundesweiter Unterstützerkreis, der die Rede vom „Trio im Untergrund“ lügen straft. Doch was ist gefolgt?

In knapp zwei Wochen stehen Beate Zschäpe und vier weitere Nazis für die schreckliche Mordserie vor Gericht. Der Prozess ist für zwei Jahre angesetzt. Doch ob hier die Angehörigen der Opfer endlich erfahren, was tatsächlich in den

► *weiter auf Seite 10*

Männer beleidigen in der Silvesternacht einen indischen Staatsbürger rassistisch, schlagen auf ihn ein und treten ihn zu Boden. Der Betroffene muss mit leichten Verletzungen im Krankenhaus behandelt werden. Die Täter flüchten unerkannt. **9. Januar, Rochlitz:** Unbekannte setzen im Außenbereich des alternativen Jugendclubs Alte Schmiede zwei Sofas in

Brand. Das Feuer beschädigt eine an den Club angrenzende Holzbühne, greift jedoch nicht vollständig über. Bereits im Jahr 2008 war der Club Ziel eines Brandanschlags. **11. Januar, Dresden:** Ein Betreiber eines Bistros wird von einem Mann bedroht. Dieser hält sich ein Messer an die Kehle und gestikuliert zum Bistrotinhaber. Dieser wurde vom Täter in der Vergangenheit be-

reits mehrfach bedroht. **25. Januar, Kamenz:** Unbekannte zünden in einem nicht bewohnten Gebäudeteil einer Asylsuchendenunterkunft Knallkörper. **27. Januar, Chemnitz:** Mehrere Jugendliche werden am frühen Sonntagmorgen unter rassistischen Parolen angegriffen. Die Geschädigten müssen teilweise im Krankenhaus behandelt werden. **29. Januar, Ebersdorf:** Drei





Personen brennen einen Müllcontainer einer Asylsuchenden-Unterkunft an und werfen mit Spraydosen gegen die Fenster. Dabei rufen sie rechte Parolen. **10. Februar, Eilenburg:** Etwa 100 bis 150 Nazis versammelten sich auf einem Firmengelände anlässlich eines Konzerts. Bürger\_innen informierten die Polizei, die die Veranstaltung auflöste und die Identität der beteiligten Perso-

nen feststellte. **10. Februar, Radeburg:** Im Anschluss an einen Karnevalsumzug wird eine Brasilianerin von drei Männern aus rassistischer Motivation sexistisch erniedrigt und zusammen geschlagen. Die gerufene Polizei weigert sich zu kommen, die Betroffene findet erst im 20km entfernten Polizeirevier Kamenz Hilfe. **13. Februar, Dresden:** Eine junge Frau, die gegen

einen Naziaufmarsch protestiert, wird von einem Gegenstand im Gesicht getroffen, der von Unbekannten aus Richtung des Naziaufmarschs geworfen wurde. **16. Februar, Zwickau:** Eine Gruppe von etwa 15 linken Jugendlichen, die sich auf dem Hauptmarkt aufhält, wird von einer etwa ebenso großen Gruppe Nazis attackiert. Die Angreifer beschimpfen die Jugendli-

► Fortsetzung von Seite 8

zehn Jahren des Mordens geschah, wer was wusste, was hätte verhindert werden können?

Die Angehörigen der Opfer müssen in jedem Fall weiter damit leben, dass aus rassistischen Denkmustern heraus aus den Opfern Täter gemacht wurden, die in kriminelle Mächtschaften verstrickt gewesen wären, dass auf ihre Stimmen niemand hören wollte, dass die Mordserie zu verhindern gewesen wäre, wenn die Behörden die Gefahr von Nazis und ihrer Ideologie tatsächlich ernst genommen hätten.

Doch so richtig und wichtig es ist, nach der Verantwortung der Sicherheitsbehörden zu fragen und wirkliche Konsequenzen zu fordern, reicht das nicht aus!

Wir müssen uns auch selbst Fragen stellen: wir als Beratungsstellen für Betroffene rassistischer Gewalt, wir alle als politisch aktive Mensch, die wir uns für Menschenrechte und gegen Einstellungen der Ungleichwertigkeit einsetzen, wir alle als Teil einer Gesellschaft, in der solche Einstellungen weit verbreitet sind.

Und auch wir müssen Konsequenzen ziehen: Wir müssen wachsamer, misstrauischer, kritischer und lauter sein.

Wachsamer in unserem Alltag gegenüber Diskriminierungen und Beleidigungen, auf der Straße, bei der Arbeit, in der Schule, aber auch in Institutionen und Behörden.

Misstrauischer gegenüber beruhigenden Worten, die sagen, dass wir doch schon in einer aufgeklärten, weltoffenen Gesellschaft leben.

Kritischer gegenüber Bekundungen der Polizei, die behaupten, dass es für einen rassistischen Hintergrund keine Hinweise gäbe.

An fast jedem dritten Tag fand im vergangenen Jahr in Sachsen ein rechtsmotivierter Angriff statt – 23 Angriffe waren es in Dresden.

Vier Jahre in Folge verlor in Sachsen ein Mensch aufgrund von Rassismus oder Sozialdarwinismus sein Leben. 2008 wurde der Wohnungslose Karl-Heinz Teichmann in Leipzig getötet. Marwa El-Sherbini verlor 2009 in Dresden aufgrund von Rassismus ihr Leben und ein Jahr später Kamal Kilade in Leipzig. 2011 wurde der Wohnungslose André Kleinau in Oschatz zu Tode geprügelt. Zum Glück setzte sich im Jahr 2012 diese erschütternde Folge von rechtsmotivierten Morden nicht fort.

Wir stehen heute hier um zu zeigen, dass wir es nicht einfach hinnehmen, wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, sexuellen Orientierung oder Identität, ihrer Wohnungslosigkeit, ihres gesellschaftlichen und politischen Engagements oder aufgrund ihrer Behinderung diskriminiert, ausgeschlossen, beleidigt, bedroht, geschlagen oder gar ermordet werden. Wir stehen an der Seite der Betroffenen. Wir werden nicht Schweigen.

In Gedenken an Jorge Gomondai und an die inzwischen mindestens 183 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990.

chen als »Zeckenschwein« und »Jude«, um sie anschließend mit massiver körperlicher Gewalt anzugreifen. Mehrere der Betroffenen müssen im Krankenhaus behandelt werden, sie erleiden Prellungen und Hirn-Traumata, einem wurde der Fuß gebrochen. Die nach etwa 15 Minuten eintreffenden Polizeibeamten hinderten die Täter nicht an der Flucht, stattdessen beschimpfen sie

die Geschädigten und verweisen sie des Platzes. Die Beamten verweigern zudem sich namentlich auszuweisen. **26. Februar, Pirna:** Ein 15-Jähriger wird an einer Bushaltestelle von zwei jungen Männern zunächst als »Zecke« beschimpft. Kurz nachdem beide weiter gegangen sind, taucht ein dritter Mann auf, der dem Jugendlichen eine Flasche auf den Kopf schlägt, ihn zu Bo-

den bringt und auf den Geschädigten eintritt. **4. März, Dresden:** Ein 15-jähriges Mädchen wird auf dem Weg zur Schule von einem Unbekannten beleidigt und geschlagen. Der Täter versucht ihr Kopftuch herunterzureißen und ruft islamfeindliche Parolen. **7. März, Görlitz:** Unbekannte werfen zum Ende einer Veranstaltung der Jugendorganisation der Partei »Die Lin-

# Normalität und Würdigung in Zwickau

## Ein Blick auf rechte Gewalt, die Situation von engagierter Jugend und das Gedenken an die Opfer des NSU.

Zwickau ist eine normale mittelgroße Stadt in Sachsen. In Bezug auf neonazistische Gewalt ist sie erwähnenswert, aber nicht sonderlich auffällig. In die Schlagzeilen geriet Zwickau jedoch plötzlich vor gut einem Jahr weil sich das NSU-Trio dort jahrelang versteckt hielt und von hier aus völlig unbehelligt mordend durchs Land gezogen war. Die neuerworbene mediale Berühmtheit wird von vielen Zwickauer\_innen als Schmach empfunden: Man sorgt sich um das Image der Stadt. In Bezug auf rechte Gewalt sei es auch nicht schlimmer als woanders; es wäre ein Zufall, dass sich die drei rechtsradikalen Terrorist\_innen gerade hier niedergelassen hätten.

Knapp ein Jahre nach der Aufdeckung des NSU werden vor einer Zwickauer Disko zwei Männer, ein Iraner und ein junger Türke, von einer Gruppe Neonazis überfallen und so stark misshandelt, dass sie mehrere Tage im Krankenhaus verbringen müssen. Einer der beiden erliegt beinahe seinen schweren Kopfverletzungen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen versuchten Mordes. Ein besonders dramatischer Vorfall, aber kein Einzelfall. Am 16.02.2013 wird eine Gruppe junger Punks im Zentrum von einer Gruppe Neonazis erst abwertend beschimpft und im späteren Verlauf angegriffen. Dabei wurden Mehrere der Punks verletzt. Die Täter machten dabei kein Hehl aus ihrer politischen Einstellung, bezeichneten sich selbst als »Nazis«.

Immer wieder kommt es zu Angriffen durch Neonazis auf vermeintlich Nicht-Deutsche oder Linksalternative. Besonders der heftige Angriff auf die zwei Männer im Tanzcafé »Eden« scheint viele erschüttert zu haben. Zahlreiche Medien berichten, die Oberbürgermeisterin besucht den schwerverletzten Betroffenen am Krankenbett, Zeugen schweigen

nicht und so ermittelt die Polizei mehrere Tatverdächtige. Die Reaktionen zeigen, dass ein Bewusstsein für den alltäglichen Terror durch Neonazis und für die Notwendigkeit einer Solidarität mit den Betroffenen rassistischer Gewalt möglich ist. Das Zwickau neben der berüchtigten Terrorzelle eine militante Neonaziszene vorzuweisen hat, beweist nicht nur der Angriff vom August. Dies ist in der Region keine Ausnahme, sondern nach wie vor in vielen Städten und Gemeinden mehr oder minder normaler Alltag.

## Der Umgang mit der Normalität jedoch, könnte den Unterschied ausmachen.

Normalität ist ein Begriff, den auch Maik gern nutzt, wenn er die Bedrohungssituation durch Neonazis beschreibt. Maik ist 23 und Maik ist ein Punk. Begegnungen mit Neonazis hat er regelmäßig, meist in der Innenstadt. Dort trifft er sich mit seinen Freunden. Mal bleibt es bei Beschimpfungen, mal kommt es zu Bedrohungen und Angriffen. Maik beobachtet die Neonaziszene, stellt sich offen dagegen und bringt viel seiner kostbaren Freizeit damit auf, Angebote für nicht rechte Jugendliche in der Stadt zu etablieren. Er hilft bei der Vokü, organisiert ein Streetsoccerturnier und auch mal ein Konzert. Sein größter Traum ist ein Haus, in dem sich junge Menschen treffen können, die sich klar von rechten Einstellungen distanzieren. Der Traum hat einen Namen, er heißt »AJZ – Alternatives Jugendzentrum« – ein sicherer Rückzugsraum und Treffpunkt für nicht rechte Jugendliche. Ein solches Haus brauche die Stadt, die sonst für junge Erwachsene unattraktiv sei. Einige seiner Freunde sind bereits nach Leipzig oder Dresden gezogen. Maik will in der Stadt bleiben, er ist gern hier und engagiert sich deshalb im Baumhaus Zwickau, einem Verein in dem sich hauptsächlich junge Menschen für die Errichtung eines solchen AJZ zusammen finden.

► *weiter auf Seite 12*

ke« eine Flasche in das Fenster des Veranstaltungsraums. In der darauf folgenden Nacht wird die Scheibe nochmals beschädigt. **8. März, Gröditz:** Drei Männer dringen in ein Haus ein, in dem erst kürzlich Asylsuchende eingezogen sind. Sie werden zunächst von einer Mieterin entdeckt und verlassen das Gebäude, kehren jedoch zurück, rufen rassistische Parolen, beschädigen

die Haustür und beleidigen die Mieterin. **21. März, Grimma:** Zwei Nazis zerstören am Kinder- und Jugendhaus »Come In« ein Fenster und die Eingangstür. Anschließend ziehen sie weiter und beschädigen ein griechisches Restaurant. Die Täter werden gestellt. **19. April, Bautzen:** Drei Männer entrollen auf einem Wohnungsbalkon eine Hakenkreuzflagge, zeigten den Hitler-

gruß, sangen neonazistische Lieder und riefen »Sieg Heil«. Anwohner\_innen alarmierten die Polizei. **20. April, Hainichen:** Etwa 15 Personen rufen bei einer Feier in einer Garage rechte Parolen. Mehrere Anwohner\_innen verständigten die Polizei. Diese verteilte Platzverweise und nahm zwei Personen in Gewahrsam, weil sich diese widersetzen. Darüberhinaus be-

► Fortsetzung von Seite 11

Anfangs gab es noch Unterstützung durch die Zwickauer Oberbürgermeisterin Pia Findeis (SPD) bei der Suche nach geeigneten Objekten. Vor knapp eineinhalb Jahren kam es zu einem Bruch zwischen Verein und der Stadt. Die Gründe: Vermeintliche Ordnungswidrigkeiten sowie die angeblich »linksextremistische« Ausrichtung des Vereins. Auch vermutete Maik, dass vor der Folie der Extremismusdebatte der Verein und die Jugendlichen selbst als eine »linksradikale« Vereinigung angesehen wurden. Was bleibt, sind viele offene Fragen, welche die engagierten Jugendlichen gerne auf Augenhöhe mit der Stadt klären würden. Seit beinahe zwei Jahren versucht Maik, gemeinsam mit anderen Engagierten, das Projekt dennoch auf die Beine zu stellen. Der Erfolg ist mäßig, Ermüdung macht sich breit. Ein AJZ ist für viele abgehakt. Einige wollen stattdessen kleine Projekte umsetzen. So soll es wieder ein Fussballturnier auf dem Hauptmarkt geben, und auch wieder ein kleines Festival. Dank und Würdigung ihres Engagements werden sie jedoch kaum erhalten.

Würdigung, darum geht es auch in einer weiteren Diskussion, die aktuell in Zwickau geführt wird. Konkret geht es um die Frage: »Ob und wenn ja, wie den Betroffenen der NSU-Morde gedacht werden sollte?« An der Stelle, wo einst das Haus stand, in dem sich Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe über Jahre versteckt hielten, ist momentan eine Grünfläche. Manch eine\_r ist froh, dass über dieses Kapitel sprichwörtlich Gras gewachsen ist. Außerdem gäbe es bereits ein Mahnmal das an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert, ein anderes bräuchte es nicht. Den Befürworter\_innen fehle es an Unterstützung von Land und Bund. Dabei blieb es bisher. Eine öffentliche Debatte dazu ist aktuell nicht erkennbar. Fakt ist, dass anderthalb Jahre nach dem Bekanntwerden des NSU noch kein geeignetes Mahnmal in Zwickau steht, welches den Mordopfern gedenkt und den Raum für eine ehrliche Debatte zu der Frage eröffnet, warum die drei Täter jahrelang zu den freundlichen Nachbarn in Zwickau zählten.

schlagnahmte die Polizei eine Hakenkreuzflagge, sowie ein verbotenes Messer. **20. April, Zwickau:** Während einer antirassistischen Veranstaltung tauchen sechs vermummte und mit Basballschlägern bewaffnete Personen vor einem Jugendzentrum auf. Sie nähern sich einer größeren Menschengruppe vor dem Veranstaltungsort, es

bleibt jedoch bei verbalen Attacken. Die Vermummten ziehen sich anschließend zu Fuß zurück. **27. April, Limbach-Oberfrohna:** Unbekannte beschmierern ein Wohnhaus mit Hakenkreuzen und Runen.

*Eine umfangreichere Chronik der Beratungsstellen ist auf der Homepage einzusehen: [www.raa-sachsen.de](http://www.raa-sachsen.de)*

# KONTAKT

Für weiterführende Informationen zur RAA-Opferberatung besuchen Sie bitte:

[www.raa-sachsen.de](http://www.raa-sachsen.de)

Die RAA-Opferberatung verfolgt einen aufsuchenden Beratungs- und Unterstützungsansatz, der sich ganz an den Bedürfnissen der Betroffenen ausrichtet. Um einen Termin für eine Beratung zu vereinbaren, wenden Sie sich einfach an das Büro in ihrer Landesdirektion.

## Büro Dresden

Bautzner Straße 45/47, 01099 Dresden

Tel: 0351 88 94 174

Mobil: 0172 97 41 268

Fax: 0351 88 94 193

[opferberatung.dresden@raa-sachsen.de](mailto:opferberatung.dresden@raa-sachsen.de)

## Büro Chemnitz

Weststraße 49, 09112 Chemnitz

Tel: 0371 48 19 451

Mobil: 0172 97 43 674

Fax: 0371 48 19 452

[opferberatung.chemnitz@raa-sachsen.de](mailto:opferberatung.chemnitz@raa-sachsen.de)

## Büro Leipzig

Peterssteinweg 3, 04107 Leipzig

Tel: 0341 22 54 957

Mobil: 0178 51 62 937

Fax: 0341 22 54 956

[opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de](mailto:opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de)

## Gefördert durch:



## Impressum - Newsletter Juni 2013

Herausgeber: RAA Sachsen e.V. - Opferberatung, Bautzner Straße 45/47, 01099 Dresden, Mail: [opferberatung.dresden@raa-sachsen.de](mailto:opferberatung.dresden@raa-sachsen.de), V.i.S.d.P.: Robert Kusche